

1. Juni 2007, Neue Zürcher Zeitung

## **Vor einer gravierenden Infrastruktur-Krise in den USA**

### **Riesiger Nachholbedarf beim Unterhalt und bei der Erneuerung**

**Gemäss einem Bericht haben die USA den Unterhalt ihrer Infrastruktur sträflich vernachlässigt. Um dies zu korrigieren, wären massive Mittel nötig. Das amerikanische, stark auf der Benutzung von Autos basierende Siedlungsmodell erweist sich zudem als Handicap.**

Washington, Ende Mai

Von unserem Korrespondenten in Washington, Walter Meier

In einem gemeinsam vom Urban Land Institute in Washington und von Ernst & Young erarbeiteten Bericht («Infrastructure 2007: A Global Perspective») wird ein Blick auf die bestehende und die geplante Infrastruktur in den USA, Asien und Europa geworfen. Am tiefsten wird das Problem in Amerika ausgeleuchtet, von dem gesagt wird, dass es auf diesem Gebiet nicht mehr ein Weltleader, sondern eher ein «follower» sei, vor allem, wenn es um das Vorgehen zur Aufrechterhaltung einer funktionsfähigen Infrastruktur gehe. Generell wird festgestellt, dass reife Volkswirtschaften vergleichsweise grösseren Problemen gegenüberstehen, weil die bestehende Infrastruktur schon alt und ihr Unterhalt teuer ist.

#### **Unsichere Dämme**

Dieser Befund trifft vorab auf die Vereinigten Staaten zu, wo von einer bevorstehenden Krise gesprochen wird. Die Anzeichen für das Ungenügen der bestehenden Infrastruktur sind verstopfte Strassen wegen steigenden Verkehrsaufkommens und häufigeren Baustellen für dringende Reparaturen, immer wieder vorkommende Lecks in den Hauptwasserleitungen, Stromunterbrüche in den Sommermonaten oder verstopfte Flughäfen. Das schlagendste Beispiel für eine ungenügende und schlecht unterhaltene Infrastruktur war der Bruch der Dämme in New Orleans beim Wirbelsturm «Katrina». Die bisherigen Reparaturen werden bereits wieder als ungenügend gebrandmarkt, und im Delta des Sacramento- und des San-Joaquin-Flusses sei bei einem grösseren Erdbeben ein Desaster vorprogrammiert, weil die Dämme, welche eine Überflutung verhindern sollten, gesunken oder unterspült worden seien. Die Massnahmen, die der Staat Kalifornien - durch «Katrina» aufgeschreckt - beschlossen habe, seien kaum mehr als ein Notbehelf. Aber auch an anderen Orten der USA habe die Überflutungsgefahr zugenommen, nicht zuletzt deshalb, weil sich immer mehr Leute in den gefährdeten Gebieten angesiedelt hätten. Die American Society of Civil Engineers habe rund 3500 unsichere Dämme im Land ausgemacht, deren Reparatur in den nächsten zehn Jahren rund 10 Mrd. \$ kosten würde, allein um die lebensgefährdenden Mängel zu beheben. Gar 30 Mrd. \$ wären nötig, um alle 79 000 Dämme auf den vorgeschriebenen Sicherheitsstandard zu bringen.

#### **Finanzierungslücken allenthalben**

Das sind allerdings bescheidene Zahlen im Vergleich zur gesamten Finanzierungslücke in den USA von 1,6 Bio. \$ für die nächsten fünf Jahre, wie dies der Bericht konstatiert: In diesem Umfang werden benötigte Reparaturen und Unterhaltsarbeiten nicht vorgenommen. Nicht eingeschlossen in dieser Summe ist der Bau neuer Infrastruktur, welche für die wachsende Zahl von Bewohnern des Landes gebraucht wird. Ein besonderes Problem stellen die Interstate-Autobahnen dar, welche während der Amtszeit von Präsident Eisenhower in den fünfziger Jahren gebaut worden sind. Sie gelangen ans Ende ihrer normalen Lebensdauer, zumal der zunehmende Schwerverkehr die Strassen stärker belastet, als ursprünglich gedacht worden war. Hier werden auf die Gliedstaaten erhebliche Ausgaben zukommen, zumal aus Washington kaum mehr Mittel dafür bereitgestellt werden können. Ungenügend ist auch der Unterhalt der städtischen Nahverkehrssysteme. Allein für die U-Bahn von Chicago wären 6 Mrd. \$ vonnöten, um sie wieder auf einen vernünftigen Stand zu bringen. Ein Investitionsvolumen von rund 250 Mrd. \$ über 20 Jahre wird für den Ausbau des Güterverkehrs auf der Schiene konstatiert, um die Strassen zu entlasten und mit anderen Ländern gleichzuziehen. Eine Lücke von 300 Mrd. bis 500 Mrd. \$ zwischen Tatsächlichem und Nötigem wird bei der Wasser- und Abwasserversorgung genannt.

## Überholtes Siedlungsmodell

Im Weiteren wird im Bericht gemahnt, dass selbst ein Nachholen des bisher im Unterhalt der Infrastruktur Versäumten nur ein Teil der Lösung sein könne. Das amerikanische Modell der Landnutzung und des Verkehrs mit seiner Ausbreitung von Vorstädten in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts sei wohl nicht zukunftstauglich. Die meisten der am schnellsten wachsenden Gebiete seien diffuse Agglomerationen, gebaut um Autobahnkreuze herum und mit jeweils mehreren kommerziellen Zentren, welche nur durch ein ausgedehntes Strassennetz zusammengehalten würden. Die Abhängigkeit vom Auto als Transportmittel sei praktisch total. Solche Siedlungsformen seien zunehmend ineffizient. Der Transport zwischen Heim, Arbeit, Schule und Einkaufen werde immer teurer, sowohl in Bezug auf die Kosten als auch auf die Zeit. In solchen Gebieten sei auch der Einsatz von Nahverkehrsmitteln unmöglich, falls diese nicht in ein grosses Zentrum führten. Die weitverzweigte Infrastruktur in den Vorstädten zu unterhalten, werde auf die Länge prohibitiv teuer. Dieser Tatbestand werde noch durch die Probleme der globalen Erwärmung und der Sicherheit der Energieversorgung überlagert, welche die unbegrenzte Nutzung des Autos zunehmend in Frage stellten.

Angesichts des enormen Ausmasses der Herausforderung wagten es bisher nur wenige Politiker, das unbewältigte Infrastrukturproblem des Landes ernsthaft anzugehen. Früher oder später müssten jedoch die Bürger des Landes die entsprechenden Kosten tragen, entweder über höhere Steuern auf Einkommen, Liegenschaften oder Energie, durch erhöhte Kosten für Strom und Wasser oder aber auch durch neue oder höhere Benutzungsgebühren für Strassen oder Brücken. Das Problem einfach vor sich herzuschieben, sei keine Lösung, weil es auf die Länge auch die Wettbewerbsfähigkeit des Landes gegenüber Volkswirtschaften mit besserer Infrastruktur beeinträchtige.

**Diesen Artikel finden Sie auf NZZ Online unter:** <http://www.nzz.ch/2007/06/01/wd/articleF6BIV.html>

Copyright © Neue Zürcher Zeitung AG